



DER GENERALSEKRETÄR

An die
Damen und Herren
Mitglieder der CDU Deutschlands
- per elektronischer Post -

Berlin, 1. Juli 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der CDU,

Christian Wulff ist zum 10. Bundespräsidenten gewählt worden. Er wird ein ausgezeichnete Bundespräsident sein und in dieser ersten Zeit den Bürgerinnen und Bürgern auf der Grundlage seiner klaren Überzeugungen Halt und Orientierung geben. Ich bin sicher, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes werden ihm bald so vertrauen, wie es die Menschen seines Heimatlandes Niedersachsen bereits seit Jahren tun. Wir gratulieren ihm von Herzen und wünschen ihm und seiner Familie für die neue Aufgabe Kraft und Gottes Segen!

Dass CDU, CSU und FDP in der Bundesversammlung ihre Chance auf eine absolute Mehrheit schon im ersten oder zweiten Wahlgang nicht genutzt haben, ist ärgerlich. Die Gründe dafür sind vermutlich eine Mischung aus persönlicher Sympathie für den sehr respektablen Kandidaten Joachim Gauck und Frustration über das Erscheinungsbild der christlich-liberalen Koalition. Am Ende gab es jedoch durch die absolute Mehrheit im dritten Wahlgang ein versöhnliches Ergebnis, das auch deutlich macht, dass die Linkspartei nicht zum Machtfaktor in der Bundesversammlung werden konnte.

SPD und Grüne haben bei der gestrigen Bundesversammlung ihre Maske fallen lassen: Anders als Joachim Gauck, der sich klar von der Linkspartei abgegrenzt hat, liefen ihr Rot-Grün am Ende hinterher und buhlten um die dunkelroten Stimmen.

Was wir jetzt nicht brauchen, ist das Suchen nach „Abwechslern“ oder wechselseitige Schuldzuweisungen durch die drei Koalitionspartner. Fakt ist doch, dass jede Koalition ein Mannschaftsspiel ist und eben diese Mannschaft sich geschlossen auf Christian Wulff als unseren Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten verständigt hat. Darum müssen wir uns jetzt unterhaken. Leisten wir dies nicht, spielen wir in die Hände von Sigmar Gabriel, für den unsere Schwächephase ein „Konjunkturprogramm“ darstellt – von selbsttragendem Aufschwung ist bei der SPD keine Spur. Es liegt an uns, ob wir uns am Riemen reißen und unsere Erfolge – zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik – offen nach außen tragen oder weiter den Gegner befördern.

Bereits bei der CDU-Kreisvorsitzendenkonferenz am 19. Juni 2010 habe ich deutlich gemacht, dass die Außendarstellung der christlich-liberalen Koalition zu Frust in unseren Reihen führt und wir dringend zur Geschlossenheit zurückkehren müssen. Bei dieser Konferenz haben wir mit unserer Parteivorsitzenden und Bundeskanzlerin sehr offen über die Lage unseres Landes, der christlich-liberalen Koalition und unserer Partei gesprochen. Diesen konstruktiven Austausch wollen wir bei den sieben Regionalkonferenzen im Herbst dieses Jahres fortsetzen.

Jetzt gilt es für die Koalition durch Arbeit, Arbeit und Arbeit wieder mehr Vertrauen zu gewinnen: So wird derzeit über die Finanzierung unseres *Gesundheitswesens* beraten. Denn wir wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland eine gute medizinische Versorgung erhält und am medizinischen Fortschritt teilhaben kann. Ziel ist, die Gesundheitskosten weiter von den Arbeitskosten zu entkoppeln und dabei den Sozialausgleich gerecht zu gestalten. Zudem ist der am Dienstag gefasste Beschluss des Bundeskabinetts zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes ein wichtiger Schritt zur Kostensenkung.

Wir wollen, dass *Energie* in Deutschland weiterhin sicher, umweltfreundlich und bezahlbar bleibt. Deshalb wird die Bundesregierung Ende August Eckpunkte für ein Energiekonzept vorlegen. Ziel ist ein vernünftiger Energiemix unter Einschluss der Verlängerung von Laufzeiten unserer sicheren Kernkraftwerke als Brückentechnologie.

Im Herbst werden wir über die zukünftige *Aufstellung der Bundeswehr* und damit über die Zukunft der Wehrpflicht beraten. Dabei sind vor allem sicherheitspolitische Argumente entscheidend, wir haben aber auch gesellschaftspolitische Aspekte zu bedenken. Wichtig ist Angela Merkel und mir, dass wir zuerst innerhalb unserer Partei beraten, bevor die Bundesregierung eine Entscheidung trifft.

Und natürlich werden uns die *Haushaltsberatungen* um das Sparpaket intensiv beschäftigen. Das Sparpaket ist entschlossen, zukunftsorientiert und fair. Entschlossen, weil wir trotz der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise damit die Schuldenbremse einhalten, für deren Einführung wir uns immer stark gemacht haben. Zukunftsorientiert, weil weiterhin in Bildung, Forschung und Infrastruktur investiert wird und fair, weil die Belastungen auf alle Schultern unserer Gesellschaft verteilt werden.

Das Beispiel „Griechenland“ zeigt, dass energisches nationales Handeln nicht reicht, um unsere Währung stabil zu halten. Deshalb wirbt unsere Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin seit Monaten beharrlich auf europäischer und globaler Ebene für ein gemeinsames finanzpolitisches Verständnis. Der zurückliegende G-20-Gipfel ist daher als Erfolg zu werten. Denn gegen großen Widerstand haben die Europäer unter der Führung von Angela Merkel unsere Position – mit dem Sparen ernst zu machen und gleichzeitig in Innovationen zu investieren – durchgesetzt. Deshalb bin ich auch zuversichtlich, dass es mit dem gleichen Engagement gelingt, nun auf europäischer Ebene zu Lösungen bei der Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer zu kommen.

Die CDU war immer die Partei, die sich auch den schweren Herausforderungen gestellt hat. Wir dürfen uns heute mit Stolz an den 1. Juli 1990, den Tag des Inkrafttretens der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Deutschland, erinnern. Helmut Kohl und Theo Waigel haben – zusammen mit Lothar de Maizière – unermüdlich und gegen viele Widerstände für diesen wichtigen Schritt bei der Vereinigung gekämpft. Deutsche in Ost wie West sind am 1. Juli 1990 gemeinsam einen großen Schritt zur Deutschen Einheit gegangen. Das sozialistische Experiment hinterließ eine gewaltige Erblast. Mit vereinten Kräften haben wir sie geschultert und den Aufbau Ost erfolgreich vorangetrieben. Daran sollten wir auch in diesen schwierigen Tagen erinnern und gemeinsam auf diese Leistung stolz sein!

Zwanzig Jahre später wird meinem Heimatland Nordrhein-Westfalen ein sozialistisches Experiment auferlegt. Was Frau Kraft als „Minderheitsregierung“ tarnt, ist eine Regierung, in der die „Linke“ zum Mehrheitsbeschaffer wird. Massiv befördert hat dies Sigmar Gabriel, der nach neuen Koalitionsoptionen für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl 2013 sucht, wie sein gestriges Verhalten wieder gezeigt hat. Was hier geschieht, ist ein glatter Wortbruch der SPD. Das müssen wir trotz Fußball-Weltmeisterschaft und anstehender Sommerpause immer wieder deutlich machen!

In diesem Sinne lassen Sie uns gerade in diesen schwierigen Zeiten zusammenstehen und gemeinsam für unsere gute Sache arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr


Hermann Gröhe MdB